

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertejählicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4728.

Nr. 82.

Berlin, Sonnabend, 12. Oktober 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Gewerbegerichtsahlen in Berlin. — Die Arbeiterfrage auf dem Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei. — Eine neue Aufgabe. — Allgemeine Rundschau. — Gewerbevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Die Gewerbegerichtsahlen in Berlin.

Im Gemeindeblatt der Reichshauptstadt wird mitgeteilt, daß die Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht für die Arbeitgeber am 15. November, für die Arbeitnehmer am 17. November d. J. stattfinden. Als Arbeiterorganisation interessieren uns naturgemäß vor allem die letzteren, und wir werden alles aufbieten müssen, daß wir bei diesen Wahlen so gut wie irgend möglich abschnelden.

Wenn wir an dieser Stelle die Gewerbegerichtsahlen in Berlin besonders besprechen, so liegt der Grund darin, daß diesen Wahlen im ganzen Reich die größte Beachtung geschenkt wird, schon weil in Berlin die Verbandsleitung und die meisten Gewerbevereinsvorstände ihren Sitz haben. Deshalb tragen die Berliner Kollegen eine starke Verantwortung. Sie müssen alle ihre Kräfte anspannen, um ein möglichst gutes Resultat zu erzielen. Denn schneiden wir schlecht ab, so wirkt dies entmutigend auf die Kollegen im Lande; haben wir aber einen Erfolg, so ist dies ein Ansporn für die auswärtigen Kollegen, bei ähnlichen Gelegenheiten auch ihr Bestes daran zu setzen, um es den Berlinern gleich zu tun.

Daß der Kampf ungemein schwer sein wird, darüber sind wir uns vollständig klar. Umso größere Anstrengungen aber müssen wir machen, um eine der Stärke unserer Organisation entsprechende Anzahl von Mandaten zu erringen. Wir wiegen uns nicht in dem Wahne, Duzende von Stimmengewinnen zu können. Wohl aber werden wir, wenn jeder Einzelne seine Schuldbiligkeit tut, nicht nur die alte Stimmengahl behaupten, sondern erheblich mehr Stimmen und damit auch mehr Mandate als bisher erobern können. Denn das steht fest, daß bei den letzten beiden Gewerbegerichtsahlen in Berlin keineswegs der letzte Mann a. die Wahlurne gebracht worden ist, sondern daß manch einer hinter dem Ofen sitzen geblieben ist und von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hat. So etwas darf nicht wieder vorkommen. Es ist Ehrensache für jeden Gewerksvereiner, für seine Organisation einzutreten und dafür zu sorgen, daß ihrem Ansehen in der Öffentlichkeit kein Abbruch getan wird.

Die erforderlichen Vorarbeiten für die Gewerbegerichtsahlen sind natürlich längst getroffen. Die Soziale Kommission hat in verschiedenen Sitzungen mit den Obmännern die Situation beraten und alles vorbereitet, was einen guten Erfolg gewährleisten kann. Aber alle ihre Bemühungen werden vergeblich sein, wenn nicht die Masse der Mitglieder hinter ihr steht, wenn man die Dinge ihren Gang laufen läßt und nicht schon jetzt alles daran setzt, am 17. November eine möglichst hohe Stimmengahl zu erreichen. Für einen überzeugten und vorwärtsstrebenden Gewerksvereiner genügt es nicht, daß er am Wahltag hinget, und seine Stimme abgibt. Das tut schließlich jeder Indifferente, jeder Unorganisierte, wenn man ihn auffordert, auch. Jeder Gewerksvereinskollege, der es ernst nimmt mit unserer Bewegung, der muß auch alles aufbieten, daß die andern ihre Pflicht tun. Es ist schon angeedeutet worden, daß bei früheren Wahlen selbst Gewerksvereinskollegen nicht gewählt haben. Hier gilt es, zuerst den Nebel einzujagen, diese Gleichgültigen von der Schädlichkeit ihres Treibens zu überzeugen, ihnen das Versprechen ab-

zunehmen, daß sie in diesem Jahre ihre Pflicht tun werden, und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß dieses Versprechen auch eingelöst wird. Wenn auch nur alle wahlberechtigten Gewerksvereinskollegen ihre Stimme abgeben, dann muß es uns gelingen, eine höhere Zahl durchzubringen als in den früheren Jahren.

Indessen unjer Agitationsgebiet muß sich noch weiter erstrecken. Hunderttausende von Arbeitern in Berlin sind leider noch unorganisiert. Wenn es auch bisher nicht gelungen ist, sie für die Gewerksvereine zu gewinnen, so muß es doch wenigstens möglich sein, sie für die Gewerbegerichtsahlen zu interessieren. Man muß sie aufklären über das, was bei diesen Wahlen auf dem Spiele steht. Es muß ihnen die Wichtigkeit der Gewerbegerichte vor Augen geführt und ihnen gezeigt werden, daß diese sozialen Einrichtungen nicht allein zur Schlichtung einzelner gewerblicher Streitigkeiten da sind, sondern daß sie auch andere bedeutungsvolle Aufgaben zu lösen haben, daß es ihnen insbesondere obliegt, auch bei großen Arbeitskämpfen als Einigungsamt zu fungieren. Auf dem Wege von und zu der Arbeit, während der Bauern in der Werkstatt und auch beim Glase Bier kann so mancher Arbeiter zur Stimmabgabe für uns gewonnen werden. Es wird ja auch nicht an Versammlungen fehlen, in denen die Gewerbegerichtsahlen besprochen werden. Dorthin müssen die Indifferenten mitgebracht werden, damit ihnen auch durch die Ansprache noch klar gemacht wird, um was es sich handelt.

Fünf Wochen trennen uns noch von der Wahl. Viel Arbeit kann in dieser Zeit noch geleistet werden, und wenn jeder seine Schuldbiligkeit tut, dann wird diese Arbeit auch nicht vergeblich sein; dann brauchen wir uns auch nicht nur mit einem Achtungserfolg zu begnügen, sondern es wird uns möglich sein, eine größere Anzahl von Stimmen und von Beisitzern zu bekommen, als bei den beiden ersten Wahlen, die nach dem Verhältnisystem stattgefunden haben. An Ermahnungen unsererseits wird es nicht fehlen. Offentlich predigen wir nicht tauben Ohren, sondern tun die Berliner Kollegen in vollem Bewußtsein der hohen Verantwortung, die sie tragen, in reichstem Maße ihre Schuldbiligkeit. Vom heutigen Tage ab sollen müssen sie alle vorhandenen Kräfte den führenden Kollegen zur Verfügung stellen. Niemand darf fehlen. Jedermann auf seinen Posten!

Die Arbeiterfrage auf dem Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei.

Auf dem Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei, der in diesen Tagen in Mannheim stattgefunden hat, herrschte reges Leben. Es war der erste Parteitag, den die geeinigten drei linksliberalen Parteien abgehalten haben, und es hat den Anschein, als ob diese Verschmelzung der liberalen Bewegung einen starken Anstoß in sozialer Richtung gegeben hat. Für uns als Gewerksvereiner war die Tagung in Mannheim deswegen bedeutungsvoll, weil Dr. Fleisch die Grundzüge seiner Thesen zur Reform des Arbeitsrechts auf dem Parteitag in das Programm der Fortschrittlichen Volkspartei hineinbringen und damit diese Partei verpflichten wollte, in den Parlamenten für die auch von den Deutschen Gewerksvereinen aufgestellten Forderungen einzutreten. Diejem Zweck diente der Antrag Dr. Fleisch, Abloh und Gen., der bei den allgemeinen Darlegungen des Programms die Einschließung eines Satzes verlangte, in welchem die Durchführung der von der Verfassung als selbstverständlich vorausgesetzten

Rechtsgleichheit gefordert wird. Diese Rechtsgleichheit werde zur Zeit beeinflußt durch die Begünstigung der Vermögenden bei den Dreiklassenwahlen in Staat und Gemeinde und durch die unvollkommene Regelung des Arbeitsvertrages. Es soll nicht der Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitgeber organisiert werden, sondern eine Rechtsordnung zum Schutze der Abhängigen geschaffen werden, die dem Wohle des ganzen zuträglich ist. Aus verschiedenen Landesteilen waren Anregungen eingegangene, den Antrag Dr. Fleisch, Abloh unterstützten.

Als Referent über die Arbeiterfrage hatte man in erster Linie Friedrich Raumann bestellt, der in seiner Rede die Umwandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse kennzeichnete und klarlegte, daß mit dem Wachstum der Industrie und der Arbeiterschaft auch eine neue politische Situation geschaffen sei, an welcher der Liberalismus nicht vorbeigehen könne. Der Kampf gegen die bevorzogenen Klassen könne nur mit Erfolg durchgeführt werden, wenn alle Stände Schulter an Schulter kämpfen und das Hiesige der Arbeiter nicht fehlt. Wenn der Liberalismus aber die Arbeiter an seine Seite bekommen wolle, dann müsse er ein gut Teil seiner Stimmung und Haltung zur Arbeiterschaft ändern. Von einer Gleichberechtigung der Arbeiter im Arbeitsvertrage sei heutzutage nicht die Rede. Namentlich in der Großindustrie sei der Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber völlig wehrlos. Die Tarifverträge hätten wohl in gewisser Beziehung Wandel geschaffen, aber eine gesetzliche Regelung hält Redner noch für verfrüht. Außerdem aber gebe es noch Schichten, die sich durch Tarifverträge nicht binden lassen. Deshalb müsse an den Stellen der Industrie, die den Selbstverwaltungsorganen ablehnen, eine gesetzliche Bearbeitung des Arbeitsvertrages erfolgen. Inbessenen man solle sich nicht in dem Glauben wiegen, als könne durch die gesetzliche Regelung des Arbeitsrechts nun alles geregelt werden. Denn das Schicksal des Arbeiters hänge nicht ab von geschriebenen Paragraphen, sondern von realen Machtverhältnissen, von der Lage der Konjunktur und vielen anderen Faktoren ab. Eine gute Handelspolitik bleibe die beste Sozialpolitik. Der Redner legte einen Antrag vor, der eine Durcharbeitung der Gewerbeordnung verlangte und dabei die Herstellung eines allgemeinen deutschen sozialen Arbeits- und Angestelltenrechts mit Sicherung der Gleichberechtigung beider vertragsschließenden wirtschaftlichen Parteien. Außerdem wurde in dem Antrage der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten begrüßt.

Als Korreferent machte Erfeleng den Parteitag, diese Gelegenheiten, wo die Arbeiter Ansehens an die Partei suchen, nicht vorbeigehen zu lassen. In der Arbeiterschaft liegt für den Liberalismus noch ein weites Feld der Tätigkeit. Die Arbeiter wollten kein besonderes Programm, sondern nur ein grundsätzliches Bekenntnis des Parteitages zur sozialen Reform.

Ueber beide Vorträge entspann sich eine sehr lebhaft Diskussion, an der auch die Antragsteller Dr. Fleisch und Dr. Abloh teilnahmen. Das Ergebnis war, daß aus dem Antrag Raumann die Stelle, die sich auf den Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten bezieht, und eine von Erfeleng eingebrachte Resolution mit einigen Änderungen in folgender Form angenommen wurde:

„In der Erwägung, daß der Arbeitsvertrag für fast 2/3 der deutschen Bevölkerung die Grundlage ihrer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebensbedingungen ist, in der Erwägung, daß der Arbeitsvertrag und die aus ihm resultierenden Abhängigkeitsverhältnisse fast noch völlig der rechtlichen

Regelung und Vereinheitlichung entbehren, in der Ermöglichung, daß es vor allen Dingen Aufgabe des Liberalismus ist, die Persönlichkeitsrechte und die Freiheit der Rinderbesitzenden im Zeitalter der Maschine und des Großkapitals zu schützen, beschließt der Parteitag: Die Partei wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eintreten für Ausbau und Vereinheitlichung des Arbeitsrechtes durch Umwandlung des Arbeitsverhältnisses in ein geordnetes Rechtsverhältnis."

Aber auch sonst zeigte der Parteitag Interesse für Arbeiterfragen. Sehr verbesserungsfähig sind die Verhältnisse der Landarbeiter, die noch dazu des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts entbehren. Zu ihren Gunsten fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Der Parteitag erklärt, aufs entschiedenste eintreten zu wollen für die Befreiung der Landarbeiterklasse von dem Druck des Junkertums, für die Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern und für die Hebung der Arbeiter in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, zum Zweck der Aufklärung und Organisierung der Landarbeiter überall eine zielbewußte eifrige Agitation zu entfalten."

Endlich lag aus Laiflingen ein Antrag vor, der den Bergarbeiterstreik zum Gegenstand hat und lautet:

Der Parteitag möge die Reichstagsabgeordneten der Partei beauftragen, im Reichstage erneut mit aller Energie dafür einzutreten, daß zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter kein diesem Zweck dienliches Mittel unbenutzt bleibt. Insbesondere soll von Staats wegen dafür gesorgt werden, daß die gewählten Sicherheitsmänner ihres Amtes unbedingert und uneingeschränkt walten können."

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Man muß dabei sagen, daß die Fortschrittliche Volkspartei tatsächlich der Arbeiterfrage ihr lebhaftestes Interesse entgegengebracht hat. Indessen mit platonischer Liebe ist natürlich nichts getan. Die Annahme von Resolutionen und Anträgen hilft dem Arbeiter noch nichts. Die Hauptsache ist, daß in den Parlamenten energisch nach den vom Parteitage gezogenen Richtlinien gearbeitet wird. Tritt dies ein, so werden sicherlich die freitlich denkenden Arbeiter sich in größerer Zahl der Fortschrittlichen Volkspartei wieder zuwenden.

Eine neue Aufgabe.

Aus den Kreisen des Allgemeinen Zentralvereins der Kellner und verwandten Berufe Deutschlands (S.-D.), der unserem Verbands angeschlossenen ist, geht uns folgende Zuschrift zu, die wir den Gewerkevereinskollegen zur dringenden Beachtung empfehlen:

Der Herbst hat seinen Einzug gehalten; durch das Vereinsleben weht wieder ein frischerer Zug. Die Bestrebungen auf den Ausbau und die Stärkung der Organisation machen sich überall deutlich bemerkbar. Das zeigt sich jetzt besonders im Kellnerberufe, in dem eine lebhaftere Bewegung zur Verbesserung der überaus schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen beobachtet werden kann, eine Bewegung, die auch gefördert wird durch die Aenderungen, die durch das Inkrafttreten des Stellenvermittlungsgesetzes herbeigeführt worden sind. Gerade dieser Umstand hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie notwendig für die Kellner der feste Zusammenschluß ist und die Anlehnung an eine starke Organisation, die imstande ist, ein Bollwerk gegen jede Willkür zu bilden. Allein in Berlin haben sich tausend Kellner aus 5 lokalen Vereinen zusammengesetzt und den Allgemeinen Zentralverein der Kellner und verwandter Berufe Deutschlands (S.-D.) mit dem Anschluß an den Verband der Deutschen Gewerkevereine gegründet. Es sind dies der Berliner Kellnerverein und die Kellnervereine Alt Köln a. W., Königstadt, Nordostbezirk und Schöneberg und Umgegend. Nicht ist es den führenden Männern nicht gewesen, diese einzelnen Vereine unter einen Hut zu bringen. Nur dem Organisationstalent der Leiter ist es zu verdanken, daß sich bei den Mitgliedern die Ueberzeugung durchsetzte: Nur im Anschluß an eine neutrale Organisation, die niemand nach seinem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis fragt, sind wir in der Lage, den wirtschaftlich mit Erfolg durchzuführen und den Kollegen bessere Lebensbedingungen zu verschaffen.

Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben. Durch die tätige Mitwirkung der Verbandsleitung der Deutschen Gewerkevereine ist es gelungen, uns den § 12 des Stellenvermittlungsgesetzes zunutze zu machen. Wir besitzen unsern eigenen Arbeitsnachweis, der durch seine ganze Ausgestaltung das Gepräge eines Klubhauses hat, in dem sich die Kollegen in der Zeit, wo sie Arbeit

juchen, wohlfühlen müssen. Mitten in der verkehrsreichsten Gegend Berlins, nahe dem Alexanderplatz, Alexanderstraße 36, ist das Domizil unseres Zentralvereins aufgeschlagen, das sicher dazu beitragen wird, unsere neue Organisation zu vergrößern und zu verstärken. Aber auch Schöneberg ist nicht zurückgeblieben, sondern unterhält eine besondere Filiale, die sich Feurigstraße 64 befindet.

Alle diese Tatsachen haben gezeigt, daß man mit erstem Willen und Lust und Liebe zur Sache wohl etwas schaffen kann, namentlich wenn es sich um die Existenzfrage, um Sein oder Nichtsein handelt. Nun gilt es aber, das Aufgebauete zu erhalten und zu sichern. Leider lassen da viele Kellner es noch an dem nötigen Interesse fehlen. Durch unablässige Aufklärungsarbeit muß dafür gesorgt werden, daß diese Gleichgültigkeit beseitigt wird. Dringend legen wir ihnen ans Herz, rübrig für unsere Sache zu arbeiten. Anhänger zu werden und Schulter an Schulter mit uns für die Hebung uneres Standes und für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse in unserm Berufe zu wirken. Diese Aufklärung wird am besten gegeben in unsern Versammlungen, deren fleißiger Besuch nur dringend empfohlen werden kann.

Aber auch die Kollegen der andern Gewerkevereine haben die Möglichkeit, unsere neue Organisation zu unterstützen, wenn sie überall, wo sie Beziehungen zu Kellnern haben, diese zum Eintritt in unsern Verein auffordern. Wir wollen keinen Terrorismus üben, wie es von anderer Seite geschieht; aber wir dürfen auch "nicht unberührt lassen, die dem Zentralverein angeschlossenen Berufe durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken. Der Grundgedanke der Deutschen Gewerkevereine: „Einer für alle und alle für einen“, muß auch dem Zentralverein der Kellner gegenüber angewandt werden. Dann wird es möglich sein, die Zahl seiner Mitglieder bald zu verdoppeln und ein starkes Glied im Verbande der Deutschen Gewerkevereine zu bilden.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 11. Oktober 1912.

Die Frage des Streikrechts der Eisenbahner in Bayern will noch immer nicht zur Ruhe kommen. Mit Recht mußte es Befremden erregen, daß der Verkehrsminister v. Seidlein eine schärfere Stellungnahme gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband ankündigte, obgleich einige Tage vorher an ihn ein Streikverzicht jener Organisation abgehandt worden war. Taran soll angeblich Herr v. Seidlein keine Schuld treffen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß das Direktorium der Kammer dem Minister infolge eines Mißverständnisses die Zuschrift des Verbandes verfaßt habe zugehen lassen. Mit dieser Erklärung muß man sich vorläufig zufrieden geben. Inzwischen aber hat sich auch der Ansicht der bayerischen Reichsratskammer mit der Streikfrage beschäftigt, der ebenfalls den Standpunkt vertritt, daß den Angestellten der Verkehrsanstalten ein Streikrecht auf keinen Fall zustehe. Die Absicht aber, die Staatsarbeiter durch einen Revers zum Verzicht auf das Streikrecht zu verpflichten, erklärte Reichsrat Dr. v. Schanz für durchaus unangebracht. Mit derartigen Maßregeln könne man einen Streik ebenso wenig verhindern wie Verbrechen und Vergehen durch Drohungen des Strafgesetzbuches. Eher erscheine es ihm erwägenswert, durch einen Revers festzustellen, daß der Betreffende ausdrücklich belehrt worden sei, daß er nicht streiken dürfe, und daß er, falls er es doch tue, die Folgen zu tragen habe. Das beste Mittel zur Verhütung des Streiks sei die gerechte Behandlung der Angestellten und die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen.

Demgegenüber erklärte Herr v. Seidlein, daß die Eisenbahnverwaltung sowohl bezüglich der Löhne als auch der Wohlfahrtsanrichtungen die Grenze des Möglichen erreicht habe. Trotzdem sei in gewissen Kreisen des Personals eine starke Hege vorhanden, und man täusche sich, wenn man durch weiteres Entgegenkommen an das Personal die Streikgefahr aus der Eisenbahnverwaltung bannen zu können glaube. Würde sich die Verwaltung lediglich mit der sozialen Fürsorge begnügen, so könne ihr der Vorwurf gemacht werden, der Streikgefahr gegenüber die Hände in den Schoß gelegt zu haben. Wenn der Süddeutsche Verband den Streikverzicht erklärt habe, so sei das an sich nur zu begrüßen und wohl auf die Stellung der Regierung in der Abgeordnetenkammer zurückzuführen. Allein man könne von der Regierung nicht erwarten, daß sie nunmehr die Sache als erledigt betrachte; denn die Mitglieder des Süddeutschen Verbandes würden demartig verhetzt, daß die Führer ihre Leute nicht

mehr in der Hand hätten, und auch gegen den Willen der Führer es zu Streik und Ausdehnungen kommen könne.

Herr v. Seidlein will also dem Süddeutschen Eisenbahnerverband unter allen Umständen an den Krügen. Der ausdrückliche Verzicht auf den Streik genügt Herrn v. Seidlein nicht. Was soll denn nun der Süddeutsche Eisenbahnerverband eigentlich machen? Auch dieser Vorgang zeigt, wie abhängig das bayerische Ministerium von der Zentrumspartei ist, die im Interesse der christlichen Gewerkschaften den Süddeutschen Eisenbahnerverband aus der Welt schaffen möchte.

Noch eine Wirkung der Reichsfinanzreform.

Alle die Gewerbe, die durch die ungeliebte Reichsfinanzreform getroffen sind, haben schwere Schädigungen zu verzeichnen. Durch die Verkürzung der Zündhölzer haben namentlich viele Kleider ihre Zuflucht zu Feuerzeugen der verschiedensten Art genommen, wodurch auch im Zündholzverkauf ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen ist. Dadurch sind nun die Zündholzschachtelarbeiter in eine sehr schwere Notlage geraten, so daß die Großherzogliche Zentralfabrik für Gewerbe in Gießen beschlossen hat, Schachtelmacher für andere verwandte Gewerbe ausbilden zu lassen. Es sind bereits Verhandlungen in dieser Richtung mit den Gewerbeausgezeichneten und den Handelstammern eingeleitet worden.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am Montag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr im Saale der Victoria-Druckerei, Lühnowstraße 111/112, eine öffentliche Versammlung, in welcher Dr. Felix Clauss und Else Lüders, Mitglieder des Bureau für Sozialpolitik, Vorträge über „Käufersmoral“ halten werden. Nach den Vorträgen findet eine Aussprache statt. Es handelt sich bei dieser Versammlung darum, für die Bestrebungen des Käuferbundes und den Schutz der Angestellten und Arbeiter Propaganda zu machen. Deshalb müssen unsere Kollegen und Kolleginnen Interesse an dieser Versammlung haben, und es darf wohl erwartet werden, daß sie recht zahlreich dabei erscheinen. Besondere Einladungen sind nicht erforderlich.

Arbeiterbewegung. In den Teppichwebereien zu Delsnis sind 500 Schühweber in den Ausstand getreten, weil die von ihnen gestellten Lohnforderungen von den Unternehmern zurückgewiesen wurden. — Lohnunterschieden sind in der Nähmaschinenfabrik von Mundlos u. Co. in Magdeburg entstanden, die dazu geführt haben, daß 500 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit eingestellt haben. — In Chemnitz sind die in den Strumpfwirkerereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in eine Bewegung eingetreten. Es wird eine 10 Proz. Lohnerhöhung sowie die Festlegung von Mindestlöhnen gefordert. Weiter wird die Abschaffung des Nachtgeldes, bessere Garderobenräume und die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags von 2 Uhr ab verlangt. Da die Unternehmer wenig Entgegenkommen zeigen und auch mit den Organisationen nicht verhandeln wollen, ist zu erwarten, daß es in Chemnitz bald zu einem größeren Kampfe kommt. — Nach acht-tägigem Ausstand gelang es den Expeditionsführern in Gaudenz eine 10 Proz. Lohnerhöhung durchzusetzen. — Im Steinsetzergewerbe von München bestehen seit längerer Zeit Tarifdifferenzen, die dazu geführt haben, daß jetzt die Steinsetzer in den Streik getreten sind. — Die Stuffedruckerei in Hamm i. W. haben nach vergeblichen Bemühungen, einen neuen Tarif abzuschließen, die Arbeit eingestellt.

Ein interessanter Prozeß wird demnächst in Essen zum Austrag gebracht werden. Nach dem großen Bergarbeiterstreik im März d. Js. ist eine Anzahl Mitglieder des Bergarbeiterverbandes auf Veranlassung des Zechenverbandes für kürzere oder längere Zeit ausgesperrt worden. Sie erhielten vom Arbeitsnachweis keine Arbeit. Auf Veranlassung des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes haben nun diese ausgesperrten Arbeiter eine Kollektivklage gegen den Zechenverband eingereicht, um dessen Beurteilung zum Ersatz des Schadens, der ihnen durch die Aussperrung entstanden ist, zu erwirken. Im ganzen haben sich 225 Mitglieder des Bergarbeiterverbandes gemeldet, deren Klageansprüche von der Verbandsleitung als berechtigt anerkannt wurden. Diese Bergarbeiter sind insgesamt 10 302 Tage oder durchschnittlich 40,4 Tage infolge der Aussperrung arbeitslos gewesen. Es sind bei dieser Auffstellung diejenigen Tage in Abzug gebracht worden, während welcher die Aus-

gesperrten andere als Berufsarbeiten verrichtet haben. Für diese Lage verlangen die Kläger Erstattung des Differenzschadens zwischen ihren früheren Bergarbeiterlöhnen und den bei den andern Arbeitern verdienten Löhnen. Das Gesamtstreitobjekt beträgt 57 544 M. Auch für diejenigen, welche weniger als 6 Wochen ausgesperrt waren, ist die Klage eingeleitet worden, weil aus prinzipiellen Gründen eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt werden soll.

Man darf auf den Ausgang dieses Prozesses in der Tat gespannt sein. Sollte sich das Reichsgericht auf Seite der klagenden Arbeiter stellen, so würde damit wenigstens dem Mißbrauch des Zehnenarbeitsnachweises als Maßregelungsmittel ein Stempel vorgegeben.

Vom Rabattwesen. So oft auch auf das Unwirtschaftliche des Sünderrabatts hingewiesen wird, so finden sich doch immer wieder Sündler, die mit dem Mittel des Rabatts versuchen, Käufer anzulocken. Man erweckt den Anschein, als ob man dem kaufenden Publikum beim Einkauf der Waren einen Preisauflage gewährt, ist dann aber eifrig bestrebt, mit allerhand Kniffen sich den eingegangenen Verpflichtungen ganz oder zum Teil zu entziehen. Das Unsinnsige des Rabatts wurde wieder einmal recht deutlich demonstriert in den Bestimmungen über das Rabattgesetz, die der Rabattspareverein von Preußisch-Oldendorf veröffentlichte. In dieser Ortschaft wollte der Konsumverein für Läden eine Verkaufsstelle errichten. Um diese Absicht zu hintertreiben, gründeten zehn Detaillisten einen Rabattspareverein mit der Aufgabe, unter folgenden Bedingungen Rabatt zu gewähren:

1. Rabatt wird nur bei Barzahlung gegeben.
2. Die in diesem Buche - so fähet das Statut höflich fort - bezeichneten Mitglieder des Detaillistenvereins Preußisch-Oldendorf geben für Einkäufe von 20 bis 30 Pfg. eine Marke, von 40 bis 50 Pfg. zwei Marken, von 60 bis 70 Pfg. drei Marken, von 80 bis 90 Pfg. vier Marken und für 1 M. fünf Marken. Wenn die zum Sammeln bestimmten 500 Marken dieses Buches mit unferen Rabattmarken besetzt sind, hat das Buch einen Wert von 3 M. (in Festschrift) und kann in der Zeit vom 1. bis 31. Dezember jedes Jahres bei sämtlichen rabattgebenden Mitgliedern eingelöst werden. Bei allen Einkäufen, aber nur bei Barzahlung, sind Rabattmarken zu verfahren, ausgenommen hiervon sind einzelne Artikel, welche auf dem Verkaufsfeld sichtbar aushängenden Rettoplatz angegeben werden müssen. Beständen sind bei den Vorstandsmitgliedern anbringen. Durch das Rabattsystem sollen Weihnachtsgeschenke und sonstige Zugaben umformt.

Es ist nicht gut anzunehmen, daß es noch Konsumenten gibt, die sich von derartigen Verprechungen locken lassen. Man beachte nur, alle bisher gewährten Zugaben sollen fortfallen. Es bleiben demnach als zu gewählter Rabatt nur noch 3 Prozent übrig. Rechnet man genauer nach, beachtet man, daß Rabattmarken nur immer dann gegeben werden, wenn die Kaufsumme auf 20 Pfg. abgerundet ist, so schrumpft der Rabatt in Wirklichkeit auf 1 1/2 Proz. zusammen. Für diese 1 1/2 Proz. Rabatt haben die Konsumenten dann das Vergnügen, sich die Waren aufhängen zu lassen, die der Sündler nun gerade zum Verkauf bietet. Dem Konsumenten ist nicht die Möglichkeit gegeben, auf reelle Bedienung, soweit Qualität, Quantität und Preis in Betracht kommen, einzuwirken. Er muß ja, um das Markenbuch mit 500 Rabattmarken vollzubenehmen, um in den Besitz der versprochenen 3 M. zu gelangen, Waren und immer wieder Waren entnehmen, sei es auch, daß die Waren berechtigten Ansprüchen nicht genügen. In Anbetracht dessen ist es, gelinde ausgedrückt, von den Gründern des neuen Rabattsparevereins ein starkes Stück, ihren Mitbürgern zuzutrauen, daß sie auf ihren Trick hereinfallen werden.

Zur Frage der Konkurrenzklause. Die Vereinbarung von Konkurrenzklause mit minderjährigen Handlungsgehilfen ist nach dem deutlichen Handelsgesetzbuch nicht zulässig. In der Praxis wurde deshalb häufig verurteilt, die Bestimmung dadurch zu umgehen, daß der Handlungsgehilfe die unterschriebene Erklärung seines Vaters beibringen mußte, wonach dieser persönlich die Haftung für die Einhaltung der nützlichen Konkurrenzklause übernahm und sich für den Fall der Nichtbeachtung zur Zahlung einer Konventionalstrafe verpflichtete. Diese Umgehung des Gesetzes ist von verschiedenen Gerichten zugelassen worden. Umso erfreulicher ist es, daß sich neuerdings das Oberlandesgericht Karlsruhe mit beachtenswerter Begründung gegen die Anerkennung einer solchen Gesetzesumgehung ausgesprochen hat. Es hat nämlich keine Entscheidung in dem Satz zusammengefaßt, daß ein solcher Vertrag der Parteien eine wider die guten Sitten verstoßende Um-

gehung des im Interesse des Handlungsgehilfenstandes erlassenen gesetzlichen Verbotes enthalte, das nicht nur den Minderjährigen selbst vor unüberlegter Eingehung von Konkurrenzklause schützen, sondern wegen der Jugend und Unserfahrenheit des minderjährigen Handlungsgehilfen jede Erleichterung seines Fortkommens durch Wettbewerbsverbote ausschließen will.

Ueber die Arbeiterverhältnisse in Rußland geben die vom russischen Handelsministerium kürzlich veröffentlichten Feststellungen der Fabrikinspektoren über das Jahr 1911 interessante Aufschlüsse. Danach unterstanden ihrer Aufsicht 16 600 Betriebe, die 2 051 198 Arbeiter beschäftigten, gegenüber 15 721 Betrieben und 1 931 486 Arbeitern i. J. 1910. Die meisten Arbeiter beschäftigt die Textilindustrie (868 776), wovon mehr als die Hälfte (476 212) auf die Baumwollverarbeitung entfällt, die Lebensmittelindustrie (331 981) und die Metallverarbeitung (305 438). Dem Alter und Geschlecht nach verteilen sich die Arbeiter folgendermaßen: Erwachsene 1 830 397 (1 284 531 männlich; 545 866 weiblich), Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren 191 976 (112 065 m.; 79 911 w.), Kinder 28 826 (16 325 Knaben, 12 501 Mädchen). Während die Verwendung von Kinderarbeit in den letzten Jahren stark zurückging, ist diesmal eine Zunahme zu verzeichnen; die Zahl der Industriebesitzer im ganzen ist um 5 Prozent, die der Kinder um 8,5 Prozent gestiegen. Fast zwei Drittel der ganzen Arbeiterzahl entfallen auf 787 Unternehmungen, von denen jede mindestens 600 Arbeiter beschäftigt; auf die kleinen Fabriken mit weniger als hundert Arbeitern entfällt kaum ein Fünftel der Gesamtzahl.

Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst wird von den Fabrikinspektoren mit 251 Rubeln oder rund 540 Mark nach unserem Gelde angegeben. Beschwerden der Arbeiter gingen etwa 26 000 ein, von denen mehr als die Hälfte den Beamten begründet erwichen. Betriebsunfälle wurden im Berichtsjahre 86 745 angezeigt. Das sind 11 Proz. mehr als im Vorjahre, eine Erscheinung, die nach dem Bericht des Ministeriums darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiterzahl in den besonders gefährlichen Betrieben am stärksten gewachsen ist.

Eine interessante Ergänzung zu diesen Angaben bietet eine Sonderuntersuchung über die Einwirkung des Bildungsgrades der Arbeiter auf deren Einkommen. Sie erstreckt sich zwar nur auf etwa ein Viertel aller Moskauer Arbeiter, und bei der Beurteilung der Zahlen darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Verwaltung des Gouvernements Moskau, aus dem gewiß der größte Teil der jüngeren Arbeiter stammt, für russische Verhältnisse außerordentliche Anstrengungen um die Hebung der Volksschule macht. Auffallend ist zunächst der starke Unterschied des Bildungsgrades bei männlichen und weiblichen Arbeitern. Während 76,2 Prozent der Männer lesen und schreiben können, beherrschen nur 26 Prozent der Frauen diese Kunst. Bei den Männern nehmen die Alphabeten in den jüngeren Schichten rasch ab; die Kinder unter 15 Jahren weisen die höchste Bildungsziffer auf (93 Proz.), so daß die nächste Generation dem Ideal der allgemeinen Elementarbildung schon recht nahe kommen wird. Auch bei den Frauen zeigt sich eine starke Zunahme der Lesefähigen unter den jungen, doch bleibt auch unter den jüngsten Mädchen noch ein Viertel ohne jede Schulbildung.

Mit der Zunahme der allgemeinen Bildung hat sich der Durchschnitt des Eintrittsalters der Fabrikarbeiter erhöht, da die Kinder jetzt länger die Schule besuchen; für die Metallarbeiter, die durchschnittlich die höchste Bildung aufweisen, beträgt dieses Alter 18 bis 20 Jahre. Die notwendige Folge dieser Erscheinung, die zu einer weiteren Einschränkung der Kinderarbeit führen wird, muß die Errichtung von Fortbildungsschulen sein, die leider vom Unterrichtsministerium eher gebindert als gefördert wird.

Der Bildungsgrad der Arbeiter hat auf deren Verdienst einen unmittelbaren Einfluß, der sich allerdings erst nach dem 20. Lebensjahre geltend macht. Ein 20jähriger Arbeiter, der lesen und schreiben kann, verdient monatlich schon 3 Rubel mehr als ein gleichaltriger Analphabet; der Unterschied steigt nach fünf Jahren auf fünf Rubel und wird mit höherem Alter immer größer, bis er für die 40jährigen Arbeiter fast acht Rubel erreicht. In der Metallindustrie verdienen schon die jüngeren Arbeiter, die Schulbildung haben, acht Rubel monatlich mehr als die andern. Eigentümlicherweise hat bisher der Bildungsgrad keinen Einfluß auf die Arbeitslöhne der Frauen. Der Verfasser dieser Untersuchung bemerkt dazu, daß die Analphabeten gewöhnlich in den Fabrikkaiernen wohnen, wäh-

rend die des Lesens kundigen Arbeiter gern in eigenen Wohnungen mit größeren Bequemlichkeiten wohnen. Ob dies eine Wirkung des höheren Lohns oder ob das höhere Kulturbedürfnis ein Ansporn zu intensiverer Arbeitsleistung ist, die sich in dem höheren Lohn ausbrückt, bleibt dahingestellt.

Mit Recht hebt dann auch der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“, in der wir diese Angaben finden, hervor, daß das Ergebnis der Untersuchung der beste Beweis ist für die entscheidende Bedeutung, die einem guten Volksunterricht auch für die materielle Lage der Arbeiter beigemessen werden muß.

Ein Streik in einem sozialistisch geleiteten Betriebe. Unter unserer ständigen Rubrik „Arbeiterbewegung“ machten wir kürzlich Mitteilung davon, daß in der Glasfabrik von Albi in Frankreich ein Streik ausgebrochen, nachher aber wieder beigelegt sei. Dieses Ereignis entbehrt nicht eines pikanten Beigeichmads; denn die Glasfabrik von Albi ist eine von Sozialisten geleitete Arbeiterproduktionsgenossenschaft. Im Jahre 1896 wurde dieser Betrieb zur Aufbesserung der Lage der Glasarbeiter und zur Abstützung der politischen Bevormundung gegründet. Groß waren die Schwierigkeiten, die dem eigenartigen Unternehmen entgegenstanden, und die zum Teil in der Konkurrenz mit den übrigen Firmen, teils in der Beidringlichkeit der Mittel und der damit verbundenen Genennung in der Anwendung technischer Neuerungen zu suchen waren. Der „Vorwärts“ gibt als Grund für die schlechte Weiterentwicklung auch die zünftlerische Engbergigkeit des französischen Proletariats an. In letzter Zeit hatte sich die Anstellung eines technischen Leiters als unumgänglich notwendig erwiesen. Schon darin aber erblickten die „Genossen“ eine Verletzung des demokratischen Prinzips. Noch mehr aber ging es ihnen wider den Strich, daß der neue Direktor mit Zustimmung der Generalversammlung die Stückerarbeit abwickeln und die großen Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Arbeiterkategorien auszugleichen sich bemühte. Die Differenzen waren so groß, daß einige Arbeiter 14 Fr., andere nur 3 Fr. pro Tag verdienten. Gegen diese Ausgleichsversuche legten sich insbesondere die bessergelohnten Glasbläser zur Wehr. Sie verließen die Arbeitsstätte und ließen die Oefen verlöschen, was allein einen ganz erheblichen Verlust für die Gesellschaft bedeutete. Der Streik ist, wie gesagt, inzwischen beigelegt. Indessen ist der Vorgang doch sehr lehrreich, indem er zeigt, daß auch in rein sozialistischen Betrieben Arbeitsunterlegungen nicht ausgeschlossen sind, oder aber man ist auch berechtigt, den Schluß zu ziehen, daß da, wo auf sozialpolitischer Basis die Organisation der Produktion durchgeführt werden soll, dieses Experiment sehr leicht verliert.

Gewerkevereins-Zeit.

Berlin. Am Mittwoch, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Weihen Saale unseres Verbandshauses eine kombinierte Ausschusssitzung statt, die gemeinschaftlich vom Geschäftsführenden Ausschuss und der Sozialen Kommission einberufen ist. In dieser Sitzung soll über einen in diesem Winter abzuhaltenen Lehrkursus ber- n werden. Herr Dr. Borchar dt, Dozent an der Humboldt-Akademie, wird den einleitenden Vortrag halten. Auch Herr Reichstagspräsident Dr. Kaempf hat zugesagt, an dieser Beratung teilzunehmen. In der an die Ortsvereine versandten Einladung wird der Wunsch ausgedrückt, daß aus jedem Ausschuss möglichst drei Vertreter in der Sitzung erscheinen. Da die Abhaltung solcher Lehrkurse von beiden Seiten lebhaft gewünscht wird, darf wohl erwartet werden, daß die Sitzung am nächsten Mittwoch sich einer recht starken Beteiligung erfreut und daß auch nicht ein einziger Ausschuss untertreten ist.

Breslau. Im Jahre 1909 wurde zwischen den hiesigen Brauereien einerseits und einigen sozialdemokratischen Gewerkschaften sowie dem Bund deutscher Brauereigesellen, der den Deutschen Gewerkevereinen angegeschlossen ist, andererseits, ein Tarifvertrag vereinbart, der jetzt zum 1. Oktober von den Arbeitnehmern gefündigt wurde. Die Brauereibesitzer haben sich nun im September auf Verhandlungen eingelassen, die von dem Handelskammerpräsidenten Meyer-Berlin als Unparteiischen geleitet wurden und zu denen im Gegenseite zu früher der zweite Kontrakt des früheren Vertrages, der Brauereigesellen, nicht hinzugezogen worden ist. Es hat also den Anschein, als wollten sich die Brauereibesitzer ohne weiteres dem Diktum des sozialdemokr. Brauereiarbeiterverbandes fügen und nur mit ihm verhandeln, wodurch die Monopolbetreibungen der „freien“ Gewerkschaften eine Förderung erhielten. Das Ergebnis der Verhandlungen war ein Protokoll, das bis zum 15. November gelten soll. Die im Brauereigesellenverein organisierten Brauereigesellen sind natürlich über diese Vorgänge sehr aufgebracht, was in einer am 3. Oktober stattgefundenen Versammlung zum Ausdruck kam. Nach einer

ausgiebigen Aussprache wurde folgende Entschliebung angenommen:

Die heute in der Stadt Leipzig tagende Versammlung der in der Breslauer Brauereien beschaffigten und im Bunde Deutscher Brauereigesellen organisierten und geleiteten Brauer erheben hiermit Protest gegen die einseitige Behandlung der schwebenden Tarifangelegenheit. Die Versammlung erklart in dem zur Zeit bestehenden Preisverfall nur einen vorlaufigen Zustand und behauert unter den gegebenen Verhaltnissen diesen annehmen zu mussen. Die Berufsorganisation der Brauer, unterstutzt durch den Verband der Deutschen Gewerkschaften (D.G.), stellt hiermit das Verlangen an die Breslauer Brauereibesitzer, die weiteren Verhandlungen in der Tarifangelegenheit nicht nur mit den sozialdemokratischen Organisationen vor sich gehen zu lassen, sondern im Interesse aller im Betriebe beschaffigten Arbeiter auch den Brauereigesellen mit heranzuziehen. Die Versammlung spricht den Vertretern des Brauereiarbeiterverbandes das Recht ab, sich als Vertreter der gesamten Arbeiterschaft der Brauereibetriebe aufzustellen.

Offentlich findet dieser Appell den notigen Widerhall! Die Breslauer Brauereibesitzer durfen auf keinen Fall dem Verlangen der Verbandsmitglieder nachgeben, sondern mussen unbedingt darauf bestehen, das nach wie vor auch unser Brauereigesellenverein an dem Tarifvertrage beteiligt und zu den Verhandlungen herangezogen wird.

Dasselbort. Der hiesige Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften hielt am Sonntag im Verbandskaufe eine gut besuchte Vertreterversammlung ab. Nach Entgegennahme des wochentlichen Quartalsberichts, der eine lebhaft besprochene Auslastung, namlich die Sitzung zur Frage der Fleischsteuerung und den Maßnahmen zu ihrer Abhilfe Stellung. Nach eingehender Besprechung wurde einstimmig eine Entschliebung angenommen, die die bisherigen Maßnahmen der Verbände als keine solchen bezeichnen, durch die der Feuerung wirklich Abhilfe getan werde. Das könne nur durch eine entschlossene Abkehr von der bisherigen Preispolitik geschehen. Es heißt dann weiter in der Entschliebung: „Durch Beseitigung des § 12 des Fleischgesetzes und Herabsetzung der Zölle ist praktisch die Einfuhr von billigen Rind- und Schweinefleisch für die minderbemittelten Schichten unseres Volkes zu ermöglichen, durch die Aufhebung der Futtermittelschranken ist die Lage der Kleinen und mittleren Viehzüchter, deren Wohl durch eine planmäßige Anschaffung kleinerer und mittlerer Landwirte zu verbessern ist zu fördern, damit die deutsche Landwirtschaft in den Stand gesetzt wird, den erforderlichen Fleischbedarf der Nation zu mäßigen Verkaufspreisen zu decken.“ In der Debatte wurde lebhaft darüber erörtert, daß die hiesige Stadtverwaltung eine sehr wenig energische Haltung bei der Bekämpfung der Fleischsteuerung eingenommen habe.

Sodann beschäftigte sich die Versammlung noch mit einem Vorschlag in Mitteldeutschland, wo eine größere Firma ihren Angestellten die Annahme von Kamern in der sozialen Versicherung bei Androhung der Entlassung unterlagt habe. In der hierzu nach längerer Aussprache angenommenen Entschliebung heißt es: „Der Vorschlag beleuchtet erneut die Wichtigkeit der Gewerkschaften auf Umwandlung des Arbeitsvertrages in ein Rechtsverhältnis. Die Versammlung erlöst daher bringen die leitenden Kreise, mit allem Nachdruck dahin zu arbeiten, daß gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, nach denen eine Entlassung von Arbeitern und Angestellten von dem Augenblicke der Auffstellung als Kandidat für ein

öffentliches Ehrenamt bis zum Ablauf der Amtsdauer nur aus wichtigen Anlässen unter Innehaltung eines besonderen Verfahrens, das Genüge für eine objektive Prüfung der Gründe bietet, möglich ist.“

Verbands-Teil.

Ämtliche Bekanntmachung.

Der vom Zentralrat für das Verbandsbureau neugewählte

Verbands-Sekretär Otto Rothhoff

hat am 1. Oktober sein Amt angetreten. Da es seine Aufgabe ist, in allen Fragen der Arbeiterversicherung usw. Rat zu erteilen, die diesbezüglichen Schriftstücke anzufertigen und die Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamt auszuüben, haben sich alle Kollegen in diesen Fragen an den neugewählten Kollegen zu wenden. Alle Zuschriften usw., die Angelegenheiten der Arbeiterversicherung betreffen, sind also in Zukunft zu adressieren an:

Verbandssekretär Otto Rothhoff,

Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/23.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hin, daß es vollkommen genügt, die Zuschriften mit genauer Adresse zu versehen und den Absender darauf zu vermerken. Eingeschriebene Sendungen erübrigen sich dadurch.

Die Sprechstunden in Arbeiterversicherungs-Angelegenheiten bleiben für die Kollegen von Berlin und Umgegend nach wie vor: während der Bureaustunden von 2-4 Uhr, jeden Mittwoch bis 7 Uhr abends.

Der geschäftsführende Ausschuß.
F. Reustedt, Verbandssekretär.

Veranstaltungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (D.G.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstraße 221-23. Mittwoch, 16. Okt., abends 8 Uhr Beteiligung an der kombinierten Vorstandssitzung im Weihen Saal. Gäste sind willkommen. **Gewerkschaften-Bezirksrat (D.G.).** Jeden Donnerstag, abends 8-11 Uhr, abends 8-11 Uhr, Verbandsbureau b. Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste willk.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr Vertreterversammlung im Burghofsaal, Kellenstr. 21. **Bremen (Distriktsklub).** Jeden Donnerstag abends 9 Uhr bei Burghof, Kellenstr. 21-23. **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42.

Dessau. Gewerkschaften-Bezirksrat jeden Mittwoch, abends 8-11 Uhr, Burghofsaal, Kellenstr. 21. **Düsseldorf (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8-11 Uhr, Sitzung im Verbandsbureau, Kurfürstenstr. 29. **Eisenach-Bezirksrat (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr, Vertreterversammlung bei Hagenkämper, Eisenach, Kellenstr. und Erholungstr. 10. **Frankfurt a. M. (Gewerkschaften-Bezirksrat).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr, abends 8-10 Uhr, Vertreterversammlung im Verbandsbureau, Kellenstr. 16. **Verbandskollegen** herab willkommen! **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Verbandsbureau-Vertreterversammlung im Verbandsbureau von E. Simon, Alter Markt. **Haarlem b. München.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, Vertreterversammlung bei Eubewig. **Halle a. S. (Ortsverband).** Der Distriktsrat findet jeden letzten Sonntag im Monat im Passage-Restaurant, in der Großen Brauhausstraße, statt. **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Restaurant „Bierhof“, Lagerstraße 2. **Distriktsrat.** **Hamburg (Gewerkschaften-Bezirksrat).** Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, in Altona, Gensbittelstr. 48-50. **Hannover-Stunden und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 13. Oktober, morgens 10 Uhr, Ausschlußsitzung in der Königsworth. Tagesordnung: Tageswahl. **Monatsversammlung der Jugendabteilung** am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, morgens 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmeier. **Perne in Weßf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Wittwe Blich, Ruhe, Herne, gegenüber der evang. Kirche. **Hersfeld (Ortsverband).** Jeden 2. Mittwoch bei Hülpe. **Leipzig (Gewerkschaften-Bezirksrat).** Die Verhandlungssitzungen finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Verbandsbureau, Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmberechtigte Mitglieder sind herzlich willkommen. **Milheim a. Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung im Verbandsbureau bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. **Stettin (Sängerchor d. Gewerkschaften).** Die Verhandlungssitzungen finden jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr, im Lokal Nebel, Poststraße 5, statt. Stimmberechtigte Kollegen herzlich willk. **Teigel (Distriktsklub für Teigel, Voigtswald u. Reichenbach).** Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Ecke Schönebergstraße. **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Maurerstr. 62. **Weißensefelde a. S. (Verbandsabteilung der Gewerkschaften).** Verhandlungssitzungen jeden Dienstag, abends 8-11 Uhr im Verbandsbureau, „Sägewerk“, Schillingstraße. **Verbandsabteilung der Gewerkschaften (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat, Distriktsklub in Gernsheim Garten. **Wetter (Ortsverband).** Sonntag, den 6. Oktober, nachm. 3 Uhr Ortsvereinsversammlung, mit anschließender öffentlicher Versammlung in Bismarck beim Bier Diebstahl, Vortrag b. Kol. Lange-Gelshausen: „Die gelben Gewerkschaften.“ **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 Uhr, Sitzung im Verbandsbureau, „Reintal“.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.
Neuere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.
Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes. Bd. XI, 7-9. Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes erscheint monatlich. Abonnementpreis der deutschen Ausgabe: Mk. 7,50 jährlich. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1911
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
NB. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/23.

Der Zentral-Arbeitsnachweis
der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Drucker)
NO. 55, Greifswalderstraße 221-23
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4730.

Kattow, C.-Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterhütung von 75 Pf. beim Ortsvereinskassierer Franz Preiß, Salzstr. 5 I.
Dasselbort und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftenkollegen aller Berufe erhalten in unserem Verbandsbureau zum Klosterfeld, Kurfürstenstr. 29 ein Ortsgefäß von 60 Pf. Zu melden auf dem Bureau, I. Etage. Dasselbst Arbeitsnachweis für alle Berufe.
Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Vergütungen im Werte von 75 Pf. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsvereinskassierer Kollegen K. Hiesler, Weichstr. 2 II Trp.
Milheim a. d. Ruhr (Ortsverband). Das Ortsvereinsbureau für durchreisende Kollegen bei Heinrich Thelen, Kaiserstraße 69 II.
Wagdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Katharinenstraße 2/3 II.

Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgefäß von 75 Pf. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs, sind Berufe nicht am Orte vertreten, beim Ortsvereinskassierer D. Eppendorf, Kauf. Bismarckstr. 10.
Oberergerberg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsvereinskassierer E. Stabenow, Mühlentstr. 62.
Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsvereinskassierer E. Stabenow, Mühlentstr. 62.
Wilhelmsbaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftenkollegen erhalten in den Herbstferien zum Heimat I und II freies Nachquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsvereinskassierer, E. Siedede, Bant, Goethestr. 7.
Hamm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pf. Unterhütung oder Nachklogis auf dem Bureau der Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.
Wiesing (Ortsverband). Vergütungen für durchreisende Gewerkschaftenkollegen beim Ortsvereinskassierer Otto Gentschorek, Spornstr. 20/21. Verbandsbureau, „Prinz von Preußen“, Glogauerstraße.
Friedrich Naumann. Neudeutsche Wirtschaftspolitik
8. Veränderte Auflage.
Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe“), G. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911.
Das anschaulich und fesselnd geschriebene Buch behandelt in den 5 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtschaftsleben. 2. Die Materie in der Wirtschaft. 3. Der Güteraustausch. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtschaftsleben. Das Buch ist in dauerhaftem Leinwand für Gewerkschaftenmitglieder zum Vorzugspreise von 8 Mk. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/23 zu richten.